



Zeitschrift der AG Cuba Sí
in der Partei DIE LINKE

Deine Spende hilft!

Die Welt gerät aus den Fugen: Kriege, Hunger, Elend, Flucht. Die US-Regierung will ihren Einfluss in Lateinamerika zurückgewinnen. Die politische Rhetorik erinnert an die Zeiten des Kalten Krieges. Die NATO steht mit ihrem „globalen Partner“ Kolumbien an der Grenze Venezuelas. Das NATO-Mitglied Deutschland will international mehr (militärische) „Verantwortung“ übernehmen. Und in mehreren europäischen Ländern gewinnen rassistische Parteien an Einfluss.

In einer solchen Welt ist eine sichtbare und starke Alternative notwendig, eine Alternative, die für Frieden, Unabhängigkeit, eigenständige Entwicklung und Solidarität steht. Das sozialistische Kuba demonstriert seit fast 60 Jahren, dass es möglich ist, souverän seinen eigenen Weg zu gehen, ohne vor den Mächtigen der Welt zurückzuweichen und ohne seine Prinzipien aufzugeben.

Deshalb unterstützen wir das sozialistische Kuba mit unserer politischen und materiellen Solidarität. Wir helfen, damit dieses Land seine Vorstellungen von einer eigenständigen Entwicklung, von einem nachhaltigen und prosperierenden Sozialismus umsetzen kann.

Solidarität mit Kuba bedeutet für Cuba Sí aber auch Solidarität mit den progressiven Bewegungen, Parteien und Regierungen in Lateinamerika, im globalen Süden und in der ganzen Welt, mit allen, die eine Politik des Friedens und der Verringerung von Armut und Ungleichheit verfolgen. Die Unterstützung progressiver, antiimperialistischer, linker Kräfte hilft wiederum dem sozialistischen Kuba.

Die USA und ihre Verbündeten verstärken gegenwärtig ihre Attacken auf Kuba und seine Partner in Lateinamerika. Es ist ihre Angst, immer mehr Länder könnten ebenso ihr Recht auf eine eigenständige Entwicklung einfordern. Die USA und ihre Verbündeten haben Angst vor dem Beispiel, das Kuba vorlebt.

Deshalb braucht dieses sozialistische Land auch weiterhin unsere bedingungslose Solidarität. Bitte unterstützt die Arbeit von Cuba Sí! Jeder Euro in der Spendenbox, jede Überweisung, jeder Dauerauftrag hilft. Mit Eurer Unterstützung können wir unsere Projekte in Kuba weiterführen, mit unseren kubanischen Partnern neue Projekte entwickeln sowie die politische Arbeit und die Information über die Realität in Kuba verstärken. Jedes abgeschlossene Projekt, jede gelungene Aktion macht Kuba wirtschaftlich und politisch stärker, hilft Kubas gesellschaftspolitische Alternative zum Kapitalismus zu erhalten, zu stärken und zu entwickeln.

Grafik: Falco / Kuba



Das sozialistische Kuba wird immer seine Fahne hochhalten!

„Jeder“, so schrieb ein kubanischer Journalist, „muss sich die Frage stellen: Akzeptiere ich das kapitalistische System, akzeptiere ich den damit einhergehenden Lebensstil, akzeptiere ich Kriege, Umwelterstörung und Armut? Oder kämpfe ich für Alternativen, um diese Probleme der Menschheit zu lösen?“ Für Kuba hat der neue

Präsident des Staatsrates und des Ministerrates Miguel Díaz Canel die Antwort gegeben: Die Kubanerinnen und Kubaner werden ihre Revolution verteidigen, sie werden unabhängig und souverän ihre friedliche, solidarische und sozialistische Gesellschaft entwickeln und eine Rückkehr des Kapitalismus nicht zulassen. (→ Seite 3)

Vor 150 Jahren begann der Kampf um die Unabhängigkeit Kubas

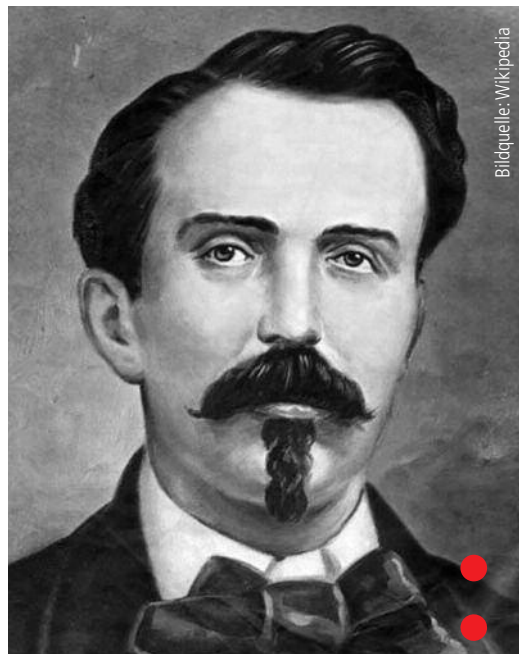
Mit dem „Ruf von Yara“ gab Carlos Manuel de Céspedes am 10. Oktober 1868 das Manifest der Revolutionsregierung der Insel Kuba bekannt und entließ seine Sklaven in die Freiheit. Damit begann der erste Unabhängigkeitskrieg gegen die spanische Kolonialmacht. Die Spanier verkörperten nur etwa acht Prozent der Bevölkerung, besaßen aber über 90 Prozent des Vermögens auf der Insel. Hinzu kam, dass es für die Bevölkerungsmehrheit so gut wie keine politische Teilhabe gab. Die Unzufriedenheit der Kubaner mündete im offenen Kampf gegen Spanien, und es wurde die „Republik in Waffen“ ausgerufen, deren erster Präsident Céspedes wurde.

Die provisorische Regierung schaffte 1870 die Sklaverei ab, und viele ehemalige Sklaven schlossen sich dem Kampf an. Der Osten Kubas stand relativ schnell unter Kontrolle der Mambises, wie die Spanier die Aufständischen nannten. Dies ist bemerkenswert, weil nur etwa 5000 Mambises rund 100000 spanischen Soldaten gegenüberstanden.

Trotz anfänglicher Erfolge scheiterte der erste große Versuch, Kuba von der Kolonialherrschaft zu befreien. Ursache dafür war nicht zuletzt die Uneinigkeit innerhalb der revolutionären Bewegung. Mit dem Ziel, alle Kräfte im Kampf um die Unabhängigkeit Kubas zu bündeln, gründete José Martí im Jahre 1892 eine revolutionäre Partei, die Partido Revolucionario Cubano. Martí prägte den Revolutionsbegriff nachhaltig. Für ihn stellte Revolution die absolute nationale und eigenstaatliche Unabhängigkeit in Form eines andauernden Prozesses dar.

Zum 100. Jahrestag des Beginns der Unabhängigkeitskämpfe griff Fidel Castro diesen Gedanken Martí in einer Rede auf: „Was bedeutet für unser Volk der 10. Oktober 1868? Was bedeutet dieses glorreiche Datum für die Revolutionäre unseres Landes? Es bedeutet schlicht den Beginn von 100 Jahren Kampf, den Beginn der Revolution in Kuba, denn in Kuba gab es nur eine Revolution: die von Carlos Manuel de Céspedes vom 10. Oktober 1868.“

Manuel Leyva



Bildquelle: Wikipedia

Carlos Manuel de Céspedes

La Bayamesa – die Nationalhymne Kubas

Vor 200 Jahren wurde Pedro Figueredo Cisneros, genannt „Perucho“, in Bayamo geboren (18. Februar 1818–17. August 1870). Er war Anwalt und 1868 einer der Initiatoren des Kampfes für die Unabhängigkeit Kubas. Er ist zudem Komponist und Texter der „La Bayamesa“, der Nationalhymne Kubas. Sie wurde am 11. Juni 1868 in der „Iglesia Mayor“ in Bayamo erstmals öffentlich aufgeführt.

Am 20. Oktober 1868 wurde die Stadt Bayamo von den Mambises eingenommen. An jenem Tag schrieb Perucho die Verse zu seiner Melodie, verteilte sie in der feiernden Menschenmenge, und das Volk stimmte nach diesem ersten militärischen Sieg im Unabhängigkeitskampf die „La Bayamesa“ an. So wurde sie – gesungen von den Menschen und während des Kampfes – zur Nationalhymne Kubas.

Heute steht im Stadtzentrum von Bayamo ein Denkmal für Pedro Figueredo, auf dem auch die Noten und der Text der Hymne zu sehen sind.



„... aber hier auf dieser Versammlung (der Vereinten Nationen) befinden sich die Völker in der Mehrheit, deren Haut von unterschiedlichen Sonnen geherbt und unterschiedlichen Pigmenten gefärbt ist und die vollständig davon überzeugt sind, dass die Unterschiede zwischen den Menschen nicht durch die Hautfarbe bestimmt sind, sondern durch die Eigentumsformen der Produktionsmittel, durch die Produktionsverhältnisse ...“ (Che Guevara 1964 vor der UN-Generalversammlung)

Am 14. Juni haben Kubafreund/-innen in aller Welt anlässlich des 90. Geburtstages Che Guevaras an das Leben und das Werk des großen Revolutionärs und Internationalisten erinnert.

¡Siempre 26!

In diesem Jahr begeht Kuba den 65. Jahrestag des Sturms auf die Moncada-Kaserne. Nach dem Putsch von Fulgencio Batista im März 1952 verstärkte sich der Widerstand in der Bevölkerung. Unter der Leitung von Fidel Castro erfolgten am 26. Juli 1953 bewaffnete Angriffe auf die Moncada-Kaserne in Santiago de Cuba sowie auf die Céspedes-Kaserne in Bayamo. Militärisch scheiterten die Angriffe. Viele der Aufständischen wurden gefoltert und erschossen. Mit seiner Verteidigungsrede vor Gericht „Die Geschichte wird mich freisprechen!“ wurde Fidel Castro vom Angeklagten zum Ankläger: „Unbegreiflich ist, dass es Menschen gibt, die sich hungrig schlafen legen, solange es noch eine Handvoll unbebautes Land gibt; unbegreiflich ist, dass Kinder ohne ärztliche Hilfe sterben, dass dreißig Prozent unserer Landbevölkerung nicht ihren Namen schreiben können und neunundneunzig Prozent nichts von kubanischer Geschichte wissen; unbegreiflich ist, dass die meisten Familien auf dem Lande unter schlechteren Bedingungen leben als die Indianer, die Columbus traf ... Verurteilt mich; das hat nichts zu bedeuten – die Geschichte wird mich freisprechen.“ Am 1. Januar 1959 verkündete Fidel Castro in Santiago de Cuba den Sieg der Revolution.

Entscheidungsschlacht in Cuito Cuanavale



Foto: Prensa Latina

Nelson Mandela und Fidel Castro am 26. Juli 1991 in Matanzas, Kuba.

Kuba hat am Zusammenbruch des Apartheidregimes in Südafrika einen hohen Anteil. Exemplarisch dafür steht der gemeinsame Sieg angolischer und kubanischer Verbände vor 30 Jahren in Cuito Cuanavale im Süden Angolas gegen das Rassistenregime und seine Unterstützer. Südafrika musste wenige Monate später, am 8. August 1988, einen Waffenstillstand akzeptieren und sich aus Angola und Namibia zurückziehen. Für Südafrika bedeutete Cuito Cuanavale letztlich das Ende des Apartheidregimes.

Am 11. Februar 1990 wurde Nelson Mandela nach 27-jähriger Haft in südafrikanischen Gefängnissen freigelassen. Seine erste Auslandsreise nach der Haftentlassung führte Mandela 1991 nach Kuba. Vor Tausenden Menschen erinnerte er am 26. Juli in Matanzas an die internationalistische Hilfe Kubas: „Cuito Cuanavale war der Wendepunkt in der Befreiung unseres Kontinents und vieler Völker von der Plage der Apartheid. Wir kommen hierher mit dem Gefühl, eine große Schuld gegenüber dem kubanischen Volk zu haben. Welches andere Land kann behaupten, mehr Altruismus in seinen Beziehungen zu Afrika angewandt zu haben als Kuba? ... Das kubanische Volk hat in den Herzen der Menschen Afrikas einen besonderen Platz. ... Wir in Afrika sind es gewöhnt, Opfer von Ländern zu sein, die unser Territorium aufteilen oder unsere Souveränität untergraben wollen. Es gibt kein zweites Mal in der Geschichte Afrikas, dass ein anderes Volk sich zu unserer Verteidigung erhoben hat.“

Buch-Tipp

Ein lesenswertes Geschichtsbuch über die kubanische Revolution: Jorge Ricardo Masettis Reportage aus der Sierra Maestra ist 60 Jahre nach der ersten Veröffentlichung in Spanisch nun auf Deutsch erschienen. Dieser Text gehört zu den Klassikern der politischen Literatur in Lateinamerika. Masetti (1929–1964), Journalist aus Argentinien, war nach dem Sieg der Revolution Mitbegründer der kubanischen Nachrichtenagentur „Prensa Latina“ und seit 1959 ihr Direktor. In Kuba und Lateinamerika wird er oft „El periodista de la revolución“ (Der Journalist der Revolution) genannt.

● Jorge Ricardo Masetti: **„Fidel Castro. Wie ich ihn erlebte. Von Kämpfenden und Weinenden“**, mit einem Vorwort von Volker Hermsdorf. Zambon Verlag 2018, ISBN 13-9783889752673, 18 €

Die Revolution endet nicht bei ihren Guerilleros

Auszüge aus der Antrittsrede des neuen kubanischen Präsidenten des Staatsrates und des Ministerrates Miguel Díaz Canel am 19. April 2018 vor der Nationalversammlung



Ich übernehme die Verantwortung, für die man mich gewählt hat, in der Überzeugung, dass wir, alle kubanischen Revolutionäre, von der Position aus, die wir einnehmen, von der Tätigkeit aus, die wir verrichten, von jedem beliebigen Arbeitsplatz, jedem Schützengraben des sozialistischen Vaterlandes aus, dem beispielhaften Vermächtnis des Comandante en Jefe Fidel Castro Ruz und auch dem Beispiel und den Lehren des Armeegenerals Raúl Castro Ruz treu sein werden.

Die Einheit, die beim Schmieden der Nation so nötig war, ist seit 1959 ihre kostbarste und heiligste Kraft, außerordentlich und unverwundbar im Schoße unserer einen Partei, die nicht aus dem Bruch oder der Zersplitterung anderer entstand, sondern aus der Integration all jener, die sich vornahmen, ein besseres Land zu schaffen.

Ich werde nichts versprechen, so wie es die Revolution in all diesen Jahren nie getan hat. Ich gehe die Verpflichtung ein, für die Erfüllung des Programms zu arbeiten, das wir uns als Regierung und als Volk mit den Leitlinien der Parteipolitik und der Revolution kurz-, mittel- und langfristig gegeben haben. Nur intensive tagtägliche Arbeit, hingebungsvoll und effizient, wird zu konkreten Resultaten führen, die neue Siege des Vaterlandes und des Sozialismus sein werden, ohne dass wir jemals die Kampfbereitschaft unserer unbezwungenen revolutionären Streitkräfte aufgeben.

Auf diese Weise werden wir uns den Bedrohungen durch den mächtigen imperialistischen Nachbarn entgegenstellen. Hier gibt es keinen Platz für einen Übergang, der das Erbe so vieler Jahre des Kampfes verkennt oder zerstört. In Kuba ist auf die Entscheidung des Volkes hin nur Raum dafür, dem Werk Kontinuität zu geben, wobei die Generatio-

Miguel Díaz Canel und Raúl Castro (Bildmitte) während der Feierlichkeiten zum 1. Mai 2018 in Havanna.

nen, die in der Revolution geboren und erzogen wurden, und die Gründungsgeneration vereint sind. Wir werden uns, furchtlos und ohne zurückzukehren, keinem Druck beugen, unsere Wahrheiten und Gründe verteidigen, ohne auf die Souveränität und Unabhängigkeit zu verzichten oder unsere Entwicklungsprogramme und Träume aufzugeben.

In dieser Legislaturperiode wird es keinen Platz geben für jene, die auf eine kapitalistische Restauration hoffen. Dieses Parlament wird die Revolution verteidigen und an der Vervollkommnung des Sozialismus arbeiten.

Um den Schwierigkeiten zu begegnen, die wir intern erleben, ist es opportun zu betonen, dass die Prioritäten in den Dokumenten des 7. Parteitags klar definiert sind. In ihnen wird anerkannt, dass die politisch-ideologische Arbeit, der Kampf für den Frieden, die Einheit und ideologische Festigkeit, eng verbunden mit der Entwicklung der nationalen Ökonomie, die grundlegende Mission darstellen, wobei die bewusste, aktive und engagierte Teilhabe der Mehrheit der Bevölkerung im Prozess der Aktualisierung des sozioökonomischen Modells gewährleistet werden muss. Unter Berücksichtigung dieser Prioritäten liegt es an uns, ihre Durchführung zu perfektionieren, Irrtümer zu korrigieren, Erfahrungen daraus zu ziehen, Improvisationen, Oberflächlichkeit, Verzögerungen und Verstöße zu vermeiden, die die Bevölkerung verärgern, Pessimismus und Mutlosigkeit verbreiten und uns von unseren zeitlich gesetzten Zielen entfernen. Im Namen der Compañeras und Compañeros, die in die Leitung der National-

versammlung und in den Staatsrat gewählt wurden, sage ich Ihnen mit tief empfundenem Verantwortungsgefühl, dass wir niemals das in uns gesetzte Vertrauen enttäuschen werden.

Und denen, die aus Dummheit oder Böswilligkeit an dem Pflichtgefühl der Generationen zweifeln, die heute neue Verantwortung im kubanischen Staat übernommen haben, müssen wir ganz deutlich sagen, dass die Revolution lebt und weiterleben wird, mit einem Gefühl für den historischen Moment alles verändert, was verändert werden muss; dass wir uns selbst aus eigener Kraft emanzipieren, die herrschenden Mächte innerhalb und außerhalb des gesellschaftlichen und nationalen Umfelds herausfordern, die Werte, an die wir glauben, zum Preis jedes Opfers verteidigen, mit der Verpflichtung, niemals zu lügen oder ethische Prinzipien zu verletzen, und in der tiefen Überzeugung, die uns Fidel mit seinem Konzept von Revolution übermittelt hat, dass keine Macht der Welt in der Lage ist, die Kraft der Wahrheit und der Ideen zu zermalmen.

Draußen gibt es eine Welt, die uns mit mehr Fragen als Gewissheiten betrachtet. Zu lange Zeit und auf die schlimmste Weise hat sie die falsche Botschaft erhalten, dass die Revolution mit ihren Guerilleros zu Ende gehe.

Im Kommunikationszeitalter sind unsere Gegner sehr geschickt darin gewesen zu lügen und das Werk der Revolution zu verfälschen oder zu verschweigen. Aber auch so konnten sie es nicht zerstören. Es liegt an uns, kreativer bei der Verbreitung unserer Wahrheiten zu sein. In Zeiten, in denen es nicht nur die offenen und von den Massen besuchten Tribünen gibt, die einstmals die Lautsprecher der Revolution waren, müssen wir lernen, die Möglichkeiten unserer Technologie mehr und besser einzusetzen, um die unendlichen Räume des Internetplaneten, in denen heute die Lüge herrscht, mit Wahrheiten zu überschwemmen.

Sagen wir es allen ganz genau: Die Kubanische Revolution wird weiterhin olivgrün und für alle Kämpfe bereit sein. Der erste Kampf ist der, unsere eigene Disziplinlosigkeit, unsere Irrtümer und Unvollkommenheiten zu besiegen und gleichzeitig voranzuschreiten, „ohne Hast, aber ohne Pause“, ein weiser Rat des Compañero Raúl. Voranzuschreiten hin zu einem Wohlstand, den wir uns schuldig sind und den wir früher oder später inmitten aller Turbulenzen einer Welt erobern werden müssen, die voll von Unsicherheit, Ungerechtigkeit, von den Mächtigen ausgehender Gewalt und Verachtung gegenüber den kleinen Ländern und den verarmten Mehrheiten ist.

Compañeras und Compañeros, an einem symbolischen Tag wie heute, voll von Emotionen und Bedeutungen, an dem wir Verpflichtungen und Überzeugungen geteilt haben, lasst uns an Fidel denken, an seine Ideen, an sein eindrucksvolles, fruchtbares und unentbehrliches Erbe, um so dieses authentische Gefühl zu nähren, das für immer seine Gegenwart unter uns verewigt. Möge jede Faser unseres revolutionären Seins vibrieren, wenn wir ausrufen: Ich bin Fidel!

Geloben wir, bis zum letzten Atemzug „diese sozialistische und demokratische Revolution der einfachen Menschen, durch die einfachen Menschen und für die einfachen Menschen“ zu verteidigen, die die historische Generation vor 57 Jahren aufrecht stehend im Sand von Playa Girón für uns gewonnen hat und die sie uns heute unbesiegt übergibt, im Vertrauen darauf, dass wir sie zu ehren wissen, indem wir sie so weit tragen und so hoch erheben, wie sie es taten, es tun und immer tun werden.

Roll-back oder das US-amerikanische Pendel

Das US-amerikanische Pendel schwingt stärker denn je gegen linke und progressive lateinamerikanische Staaten. Auf den ersten Blick ergibt sich der Eindruck, als würde es eine linke Regierung nach der anderen aus dem Amt kegeln. „America first“ ist angetreten, seine verlorenen Marktanteile zurückzuerobern. Diesem Roll-back folgen US-hörige Regierungen, die – wie unter Mauricio Macri in Argentinien – ihr Land wieder schnurstracks unter das Diktat des Internationalen Währungsfonds führen.

Am 20. Mai 2018 wurde Nicolás Maduro – trotz ökonomischer Schwierigkeiten und einer hohen Inflation – erneut zum Präsidenten Venezuelas gewählt. Washington und Brüssel kündigten schon vorab an, den Ausgang der Wahl nicht anzuerkennen. Sie hatten ihre Hilfspfänger aufseiten der Opposition unterstützt, die von Frühjahr 2017 bis Anfang 2018 gewaltsame Proteste initiierten, um einen Regime-Change in Venezuela einzuleiten.

Das Nachrichtenportal Bloomberg berichtete im Juli 2017 sogar über eine „Operación Constitución“, mit der kurz vor den Wahlen die Regierung Maduro weggeputscht werden sollte.

Maduros Wahlsieg bedeutet, dass er das Pendel, das die USA gegen das boliviarische Venezuela schwingen, zumindest hat abbremsen können. Um den verlorenen Schwung zurückzugewinnen, hat Washington erwartungsgemäß neue Sanktionen gegen Caracas erlassen, um dessen politische und wirtschaftliche Erholung zu erschweren, wenn nicht gar gänzlich zu verhindern.

Das Hauptziel der US-Politik lautet weiterhin: „Zuerst Caracas, dann Havanna“. Jene Strukturen in der US-Regierung, die seit zwanzig Jahren auf dieses Ziel hinarbeiten, operieren jetzt in einem für sie günstigeren regionalen Umfeld. US-Präsident Trump hat begonnen, die Vereinbarungen mit Kuba, die während der Amtszeit seines Vorgängers Obama abgeschlossen wurden, schrittweise zu liquidieren. Dies ist Teil der facettenreichen und den Umständen angepassten Roll-back-Politik der USA und ihrer Verbündeten, die sie ab 2009 erfolgreich angewandt haben. Es ist ihnen in den vergangenen Jahren gelungen, das außenpolitische Schutzsystem, mit dem Hugo Chávez ab dem Jahr 2000 seine Bolivarische Revolution umgab, zu durchlöchern.

2009 putschte das honduranische Militär mit Rückendeckung der USA und auch der FDP-nahen Friedrich-Naumann-Stiftung Präsident Manuel Zelaya aus dem Amt. Damit hatte Washington einen wesentlichen geostrategischen Erfolg errungen und begonnen, nach einem Jahrzehnt des Zurückweichens vor dem „Linksruck“ in Lateinamerika das Heft des Handelns wieder in die Hand zu nehmen.

Dessen ungeachtet konnte sich das seit 2006 wieder sandinistisch regierte Nicaragua unter Daniel Ortega als ALBA-Mitglied in Mittelamerika bis heute behaupten. Aber nicht nur deshalb durchlebt es gerade ein innenpolitisches Gewaltzenario. Hinzu kommt ein geostrategischer Grund: US-Politiker treibt das Schreckenszenario um, China könnte eine Wasserstraße durch Nicaragua bauen und so noch näher an die USA heranrücken. Zwar scheint die Finanzklemme des chinesischen Investors den Bau des Nicaragua-Kanals zu bremsen, aber der Plan ist nicht gänzlich vom Tisch. Damit nicht genug,



Kuba verfügt über einen modernen Hochseehafen in der Region, der sich ohne Weiteres mit dem von New Orleans messen kann. Die alten antikommunistischen Angstphantasien haben die US-Roll-backer veranlasst, jetzt auch in Managua den Regime-Change zu versuchen. Präsident Daniel Ortega sieht sich mit gewaltsamen Protesten konfrontiert, die in Methode und Ausmaß an die in Venezuela praktizierte Subversion erinnern. Als Anlass für Demonstrationen dienen zunächst Missstände, die sich aus strukturellen Schwächen des Landes oder Fehlern der jeweiligen Regierungen ergeben. Im Verlauf der Proteste kommt es zu Gewalt, die Tote, Verletzte und Verhaftete produziert. Diese wiederum dienen als Grundlage für weitere Aktionen, in deren Verlauf staatliche Einrichtungen – vorzugsweise jene, die den sozialen Charakter der jeweiligen Regierungspolitik repräsentieren – in Flammen aufgehen. Den Protestierenden zur Seite stehen lokale wie internationale Medien, die wie gehabt (des)informieren.

In beiden Ländern gelang es den Praktikern des Roll-back nicht, die Präsidenten aus ihrem Amt zu entfernen – weder durch Wahlen wie in Argentinien und Ecuador, noch durch einen „Parlamentsputsch“ wie 2012 in Paraguay oder einen „Justizputsch“ wie 2016 in Brasilien.

Vor allem die Regierungswechsel in Buenos Aires und Brasilia haben die beiden wichtigen regionalen Staatenbünde – die Südamerikanische Staatenunion (UNASUR) sowie die Gemeinschaft Lateinamerikanischer und Karibischer Staaten (CELAC) – gelähmt. Dies erklärt auch deren Passivität bei den Trumpschen Attacken gegen Mexiko einerseits und beim Wiedererstarken der US-dominierten Organisation Amerikanischer Staaten (OAS) andererseits.

Ein weiterer Ausschlag des Pendels gegen das progressive Lateinamerika hängt davon ab, wie sich die „globale Partnerschaft“ Kolumbiens mit der NATO auf einen Bündnisfall auswirken könnte. Geostrategisch wäre Venezuela von der NATO und US-Militärbasen umzingelt: im Westen Kolumbien, im Norden das zu den Niederlanden gehörende Curaçao und im Osten die ehemalige britische Kolonie Guyana, dessen Grenzverlauf umstritten ist.

Ungeachtet dieser Frage erhöht Washington von Kolumbien aus den militärischen Druck auf Venezuela: Ein Besuch des Kommandeurs des US-Südkommandos (US-SOUTHCOM), Admiral Kurt W. Tidd, in Bogotá Anfang des Jahres, ließ die Alarmglocken

schrillen, zumal für September 2018 die gemeinsame Militärübung „Unitas Lix“ angesetzt ist.

Dass Kolumbien zum Aufmarschgebiet gegen Venezuela werden könnte, ist nicht neu. Aber die politische Lage hat sich geändert, seitdem die größte Guerrilla-Organisation, die Revolutionären Bewaffneten Streitkräfte Kolumbiens (FARC-EP), den bewaffneten Kampf beendete. Bis dato war die FARC-EP ein militärischer Faktor gewesen, der verhinderte, dass die Falken in Washington und Bogotá von kolumbianischem Boden aus den Einmarsch nach Venezuela wagen konnten.

Dass diese Gefahr jetzt mehr denn je besteht, unterstreicht niemand geringeres als Tidd selbst. Vor dem Streitkräftekomitee des US-Senats stellte der Hardliner die boliviarische Republik als „ein Risiko für die innere Stabilität“ der USA dar, das signifikante Auswirkungen auf die Region haben könnte. Kurz darauf tauchte im Internet ein mutmaßlicher Interventionsplan namens „Masterstroke“ auf, der Tidds Unterschrift trägt.

Solche Pläne sind nicht neu. Bereits das Planspiel namens „Operation Balboa“, welches das US-Militär 2001 mit lateinamerikanischen und NATO-Offizieren an einer spanischen Militäreinrichtung durchprobte, sah eine derartige Invasion vor. Hierbei wäre Kolumbien eine Schlüsselrolle zugekommen, da von seinem Territorium aus gepanzerte Verbände schnell das Ölzentrum am Maracaibo-See erreichen könnten.

Chávez drohte damals, den Export venezolanischen Öls in die USA zu stoppen. Nach zwei bis drei Wochen hätte dieser Schritt ernste Folgen für die US-Wirtschaft gebracht. Diese Drohung zieht aber momentan nicht mehr: Durch das in den USA praktizierte Fracking glauben Trumps Militärstrategen, dass sie jetzt gut drei Monate lang ohne venezolanisches Öl auskommen könnten. Mit der IV. US-Flotte, die dem US-SOUTHCOM untersteht, verfügen sie über eine Eingreiftruppe, die drei Monate lang autonom operieren kann. Gleichzeitig hat ihr Oberbefehlshaber Trump bereits bewiesen, dass ihn das Völkerrecht herzlich wenig interessiert, wenn es um seine und US-Interessen geht.

Krieg ist wieder zu einem Mittel der (US-)Politik geworden. Ihm voraus geht sein kleiner Bruder, der Putsch, der sich einem zivilgesellschaftlich-medialen Lifting unterzogen hat, um nicht direkt als solcher erkannt zu werden.

Ingo Niebel

Freiheit für Lula

Korruption und Geldwäsche, so lauten die Hauptanklagepunkte in den Gerichtsprozessen gegen den Ex-Präsidenten Brasiliens Inácio Lula da Silva. Der Richter des Regionalgerichts Curitiba, Sergio Moro, hatte keine Beweise, verurteilte Lula aber zu neun-einhalb Jahren Gefängnis. Die Öffentlichkeit kennt inzwischen die Vorgehensweisen von Staatsanwaltschaften, Gerichten und Polizei in der „Operation Lava Jato“: Aussagen wurden erzwungen und manipuliert, Dokumente verfälscht und geheime Absprachen getroffen. Einigen Beschuldigten bot man Vorteile wie Reduzierung der Strafhöhe an. Bestimmte Aussagen und Informationen wurden an „Vertrauensjournalisten“ weitergegeben. Verlangten die Verteidiger Lulas Einsicht in Unterlagen, wurde ihnen diese verweigert, obwohl sie in manchem Falle schon öffentlich gemacht worden waren. Auch die Forderung der Verteidiger, solche Dokumente prüfen zu lassen, wurde abgelehnt.*

Das von der zweiten Instanz des Regionalgerichtes in Porto Alegre am 24. Januar 2018 beschlossene Urteil erhöhte die Strafe auf zwölf Jahre Gefängnis. Auch dieses Urteil wurde gefällt, ohne ausreichend Beweise gegen Lula in der Hand zu haben. In einer politisch aufgeheizten Stimmung führte die brasilianische Justiz einen Prozess mit unlauteren Methoden, der eine umfassende Verteidigung einschränkte und von einem Medienbombardement gegen Lula begleitet wurde. Hintergrund: Der Justiz und den sie unterstützenden Kräften geht es um die Verhinderung der Kandidatur Lulas für die Präsidentschaftswahl am 7. Oktober 2018.

Die juristische Lage

Das Urteil der zweiten Instanz wurde am 6. Februar 2018 veröffentlicht. Die Verteidigung hatte dann die Möglichkeit, Rechtsmittel gegen das Urteil einzulegen. Das Oberste Verfassungsgericht als letzte Instanz könnte die Verurteilung aufheben oder deren Nichtigkeit erklären. Die Beantragung des „Habeas Corpus“ wurde vom Obersten Verfassungsgericht mit 6:5 Richterstimmen abgelehnt. Anfang Juli hatte dann ein Berufungsrichter die sofortige Haftentlassung Lulas angeordnet, ein anderer Richter der Kammer widersetzte sich aber dieser Anordnung.

Die Registrierung der Kandidaten für die Präsidentschaftswahl muss zwischen dem 20. Juli und dem 15. August 2018 beim Obersten Wahlgericht erfolgen. Sollte Lula durch dieses Gericht abgelehnt werden, kann die Arbeiterpartei (Partido dos Trabalhadores, PT), für die Lula antritt, bis zum 17. September einen Nachfolgekandidaten benennen.

Gewinnt Lula die Wahl, ist es nach dem brasilianischen Gesetz möglich, das Urteil bis zum Ende der Legislaturperiode aufzuschieben, da das Gerichtsverfahren gegen ihn noch nicht abgeschlossen ist.

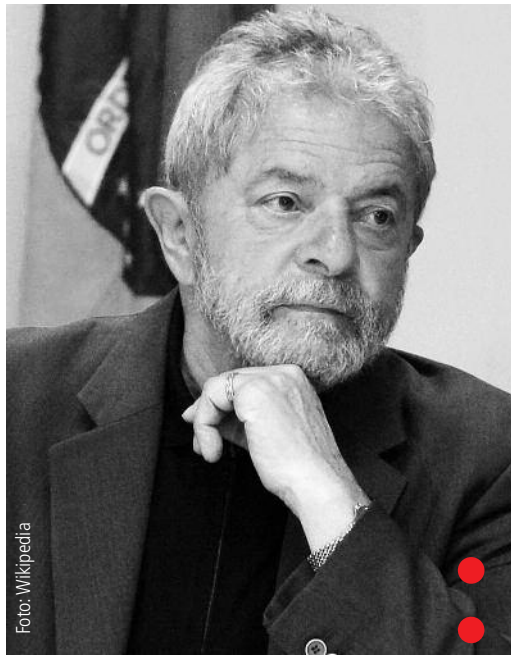
Politische Situation in Brasilien

Brasilien durchlebt eine politisch aufgeladene Situation. Anfang des Jahres wurde eine Aktivistin, die gegen die Willkür der Polizei in Rio de Janeiro kämpfte, auf offener Straße erschossen. Diese Gewalttat führte zu heftigen Protesten. Unter dem Vorwand des Schutzes der Bevölkerung und des Kampfes gegen Drogenhandel veranlasste der Interimspräsident Temer den Einsatz der Armee im Bundesstaat Rio de Janeiro.

Nach dem Putsch gegen die rechtmäßige Präsidentin Dilma Rousseff im August 2016 leitete die Putschregierung umgehend neoliberale Gegenreformen ein, die auch Verschlechterungen in der Sozial-

politik hervorbrachten. Die Temer-Regierung ging vor allem daran, Privatisierungen vor allem beim Staatsunternehmen Petrobras voranzutreiben.

Nach Bekanntwerden des Urteils gegen Lula stimmte die bürgerliche Presse in ihren Urteilen überein, dass damit die Kandidatur Lulas erledigt und er politisch ein „toter Mann“ sei. Der mediale Beschuss gegen ihn wurde verstärkt. Seine Umfragewerte als Präsidentschaftskandidat blieben jedoch mit 30 Prozent relativ stabil. Eine mögliche Erklärung: Die Person Lula ist inzwischen immun gegen öffentliche Attacken. Immer mehr Wähler erkennen, dass nach der Absetzung Dilmias die Regierung Temer drastische Gegenreformen durchsetzte, die die soziale Lage der Bevölkerung verschlechtern und Gewalt und Willkür das Klima im Land bestimmen.



Inácio Lula da Silva

Am Tag des Urteils der zweiten Instanz versammelten sich in São Paulo Zehntausende Menschen. Im Unterschied zum Jahr 2017, das noch von einem Gleichgewicht der Aktionen für oder gegen Lula bestimmt war, zeigt die gegenwärtige Lage deutlichere Signale des wachsenden Widerstandes gegen die sozialen Verschlechterungen. Jedoch bleibt die öffentliche Mobilisierung hinter den Erwartungen zurück. Die zunehmende Aggressivität der neuen Rechten erschreckt moderate Wähler.

Positiv anzumerken ist: Die Volksfront Brasilien (Frente Brasil Popular) entwickelt sich aktiv. An ihr beteiligen sich soziale Bewegungen, Gewerkschaften, religiöse Gruppen, Vertreter von Parteien, die Consulta Popular, Kirchen und diverse Vereinigungen der brasilianischen Zivilgesellschaft. Ihr Ziel ist die Herstellung der Einheit linker demokratischer Kräfte. Sie trägt zur Mobilisierung der Bevölkerung bei und stellt einen offenen Raum für den Zusammenschluss linker Kräfte dar.

Gibt es einen Plan B?

„Ich will erneut Präsident Brasiliens werden, weil ich gezeigt habe, dass es möglich ist, ein besseres Brasilien für die Zukunft unseres Volkes aufzubauen.“ Diese Worte Lulas sind aus seinem Brief an das brasilianische Volk, den er aus der Haftanstalt heraus bei der öffentlichen Bekanntgabe seiner Präsidentschaftskandidatur am 8. Juni dieses Jahres in Belo Horizonte öffentlich machte.

Auch nach der Verhaftung Lulas bleibt es bei der Entscheidung des letzten PT-Parteitages im Mai 2017: Lula ist der Kandidat der PT! Lula selbst ist –

bei aller Empörung gegen seine Haft – immer er selbst: feste Stimme, humorvoll, und während einer Konferenzschaltung für eine Gerichtssitzung, in der er als Zeuge gehört wurde, trat er als Ex-Präsident mit einer Krawatte in den Landesfarben auf.

Wahl am 7. Oktober

Lula führt in den Wahlumfragen noch immer mit mehr als 30 Prozent, wobei die ärmsten, abgehängten Bevölkerungsschichten seine Hauptwähler sind. Die Mehrheit der Wähler würde auch für ihn stimmen, wenn er noch in Haft ist. Allerdings sagen die Umfragen auch, dass – sollte Lula an seiner Kandidatur gehindert werden – sich bis zu 45 Prozent der Wähler der Stimme enthalten oder ihre Stimme ungültig machen würden. Die Situation vor der Wahl in Brasilien war noch nie so unübersichtlich. Von den über 21 Bewerbern für die Präsidentschaft, die ihre Kandidatur erklären wollen, kommen 16 aus dem konservativen Lager. Den Herrschenden gelingt es nicht, einen Kandidaten zu finden, der das Regierungslager eint. In einer Umfrage Anfang Mai lag der Kandidat der äußersten Rechten, Bolsonaro, bei 16 Prozent; Marina Silva, eine ehemalige Ministerin in der Regierung Lula, erreichte 8 Prozent und der Kandidat der Partido da Social Democracia Brasileira (PSDB), Geraldo Alckmin, 4 Prozent. Die PSDB, der bisherige ständige Gegner der PT, hadert mit der Zersplitterung des rechten Lagers und ist nicht in der Lage, diese zu überwinden.

Unter Beachtung all dieser Umstände bleibt Lula die zentrale Figur im Wahlkampf. Aber die juristische Auseinandersetzung geht weiter. Die politische Lage erfordert von der PT Geduld und strategische Weitsicht: Weiterbauen an der Einheit linker Kräfte, Entlarvung der Manöver der konservativ-neoliberalen Kräfte und Verstärkung der Kampagne zur Freilassung Lulas. Die Linke erscheint im Moment so geeint wie seit langem nicht mehr. Für sie steht der Kampf um die Wiederherstellung demokratischer Verhältnisse im Vordergrund. Der Kampf gegen die Kräfte der Reaktion, die mit der Amtsenthebung Dilma Rousseffs im August 2016 ihre Offensive begannen, führt das linke Lager zusammen und festigt diesen historischen Block.

Hinzu kommt, dass der rechte Kandidat Bolsonaro für die PT sogar der „ideale“ Gegner sein könnte. Denn die Chance, einen reaktionären Gegner in der Wahl (oder im zweiten Wahlgang) zu besiegen, nährt die Hoffnung auf einen Wahlsieg Lulas. So hält sich in der PT die Hoffnung, dass mit dem Obersten Wahlgericht eine juristische Formel gefunden wird, die es Lula erlaubt, noch in Haft an der Wahl teilzunehmen. Das Spiel ist jedoch riskant, denn die Justiz könnte auch nach einem Sieg Lulas entscheiden, dass er „unwählbar“ ist. Tritt dieses Szenario ein, eröffnet es dem Rechten Bolsonaro die Möglichkeit, sich als der geeignete Kandidat der konservativ-neoliberalen Kräfte anzubieten. Umfragen besagen, dass Teile der gutverdienenden Mittelschicht (bis zu 30 %) für diesen rechten Kandidaten stimmen würden, so wie auch die evangelikale Gemeinde, die in Brasilien stark vertreten ist.

Der Vertreter der Landlosenbewegung MST, João Pedro Stédile, bringt es auf den Punkt: „Die Causa Lula kann die Linke vereinen. Er ist nicht nur Kandidat der PT. Gefordert ist die Einheit der Mitte-Links-Kräfte. Festigt sich dieser Block, ist es möglich bei allen Unwägbarkeiten, die Wahl zu gewinnen und eine weitere Rechtsentwicklung in Brasilien zu verhindern.“

Achim Wahl

* „Operation Lava Jato“ ist eine Aktion der Justiz und der Bundespolizei zur Aufdeckung von Korruption im Zusammenhang mit den Unternehmen Petrobras und Odebrecht.

Kolumbien – der gefährdete Frieden

Es ist noch nicht einmal zwei Jahre her, seit in Kolumbien das Friedensabkommen zwischen der Regierung und der Guerillaorganisation FARC–EP unterzeichnet wurde. Es war mit großen Hoffnungen und Erwartungen verbunden und sollte einen Bürgerkrieg beenden, der das Land mehr als fünf Jahrzehnte lang erschüttert und viele Opfer gekostet hatte. Heute stellen viele Kolumbianer ernüchtert fest, dass ihre Erwartungen nicht erfüllt wurden und sehr wahrscheinlich auch nicht mehr werden.

Vor allem in den ländlichen Gebieten ist das Leben für die dort wohnenden und arbeitenden Menschen nicht sicherer geworden. Da der kolumbianische Staat nicht in der Lage oder nicht gewillt ist, die öffentliche Sicherheit zu garantieren, haben sehr schnell Paramilitärs und Drogenbanden das Machtvakuum gefüllt, das mit der Demobilisierung der FARC–EP entstanden war.

Der Friedensprozess in Kolumbien durchläuft zurzeit den wohl gefährlichsten Moment seit der Unterschrift unter die Vereinbarung. Die Ursachen liegen vor allem im Unwillen der rechten Kräfte, der Ex-Guerilla den vereinbarten gleichberechtigten Platz unter den politischen Kräften des Landes einzuräumen. Die Regierung hat stattdessen alles daran gesetzt, aus dem Friedensschluss zweier Bürgerkriegsparteien nachträglich eine Kapitulation der FARC–EP zu machen. Unter dem neuen Präsidenten könnte diese Entwicklung noch weiter vorangetrieben und das Abkommen auch formell abgeändert oder teilweise ausgesetzt werden.

Friedensprozess stockt

Die Strategie des Ausgrenzens und Behinderens der FARC lässt sich an vielen Maßnahmen ausmachen. Unter anderem hat die Regierung wesentliche Teile ihrer Verpflichtungen hinsichtlich Unterbringung der demobilisierten Kämpfer, ihrer Aus- und Weiterbildung, der Bereitstellung von Land und Produktionsmitteln nicht erfüllt. Der Staatsapparat, das Parlament, viele Behörden und Gerichte torpedieren die Umsetzung des Friedensabkommens durch Beschlüsse und Urteile, die nicht im Einklang mit dessen Festlegungen stehen, oder verhindern die Umsetzung durch bürokratische Endlosverfahren.

Über die Medien wurde eine feindselige Atmosphäre gegenüber der FARC–EP geschaffen, deren Haupttenor die Forderung nach Abschaffung der Sondergerichtsbarkeit ist. Damit würden die Ex-Guerilleros nicht als Angehörige einer Bürgerkriegspartei behandelt, sondern vor normalen Gerichten wie „gewöhnliche Kriminelle“ abgeurteilt. Außerdem setzen die rechten Medien auf eine infame Kampagne des Sozialneids. Den Ex-Kämpfern wird unterstellt, nur für persönliche materielle Vorteile gekämpft zu haben, was jetzt „belohnt“ werde.

Ein weiteres großes Problem sind die fehlenden Sicherheitsgarantien für die politische Arbeit der Ex-Guerilla. Vor den Parlamentswahlen musste die FARC–EP ihre Wahlkampfaktivitäten zeitweise einstellen, da die Sicherheit ihrer Spitzenkandidaten nicht gewährleistet werden konnte. Die rechten Medien versuchten, die Störungen des Wahlkampfes und die tätlichen Angriffe auf FARC-Kandidaten als „Ablehnung der FARC–EP durch die Bevölkerung“ darzustellen, während linke Kräfte nachweisen konnten, dass es sich um eine gut organisierte und orchestrierte Kampagne handelte.

Inzwischen hat erneut eine Mordkampagne gegen Ex-Kämpfer, Führer von sozialen Bewegungen, Aktivisten und deren Familienangehörige begonnen,

die bereits zahlreiche Opfer gefordert hat. Viele Kolumbianer befürchten eine Wiederholung der Ereignisse Mitte der 1980er Jahre. Damals hatte sich bereits einmal ein Teil der FARC-Kräfte in eine politische Partei, die Unión Patriótica (UP), umgewandelt. In den darauffolgenden Jahren wurden etwa 5 000 ihrer Mitglieder, darunter hochrangige Führungsmitglieder und auch zwei ihrer Präsidentschaftskandidaten, in einer regelrechten Menschenjagd ermordet. Selbst der Oberste Gerichtshof Kolumbiens musste inzwischen anerkennen, dass damals die Sicherheitsorgane des Landes massiv an der Zerstörung der UP und der physischen Liquidierung ihrer Führung und Mitglieder beteiligt waren, auch wenn die Schmutzarbeit oft durch Paramilitärs und Todesschwadronen erledigt wurde.

Für viele Kolumbianer hat das Friedensabkommen auch deshalb noch zu keiner wirklichen positiven Veränderung ihrer Lebensbedingungen geführt, weil darin festgeschriebene Schwerpunktfragen wie eine Agrarreform oder die tatsächliche und wirksame Entwaffnung der Paramilitärs nicht einmal ansatzweise in Angriff genommen wurden.

Die Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der Guerillaorganisation ELN als zweiter Schritt in einem wirklichen Friedensprozess sind ins Stocken geraten. Die aktuelle Regierung scheint nicht mehr daran interessiert bzw. nicht in der Lage zu sein, die Verhandlungen noch vor dem Ende ihrer Amtszeit Anfang August 2018 abzuschließen. Andererseits fordert die ELN in kritischer Analyse der Entwicklung seit dem Friedensabkommen mit der FARC–EP von Havanna weitreichende Garantien für ihre politische Tätigkeit und die Sicherheit ihrer Kämpfer. Sie erhebt außerdem umfangreiche soziale Forderungen, vor allem hinsichtlich einer Agrarreform und der Beteiligung der Bevölkerung in Form sozialer Bewegungen an den Verhandlungen. Dies dürfte angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse nur sehr schwer durchsetzbar sein.

Einflussnahme der USA

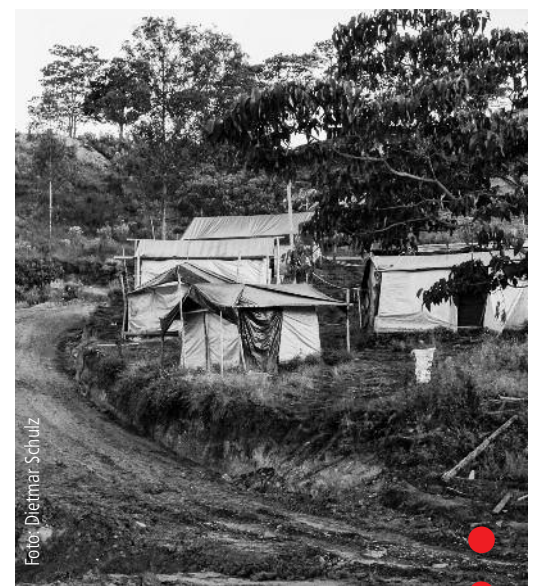
Nach Meinung vieler Linker in Kolumbien sind die USA bereits fest zu einem Krieg gegen Venezuela entschlossen. Für eine militärische Intervention der USA in Venezuela – gleich welcher Art und unter welchem Vorwand – wären die US-Stützpunkte in Kolumbien und die Beteiligung der kolumbianischen Streitkräfte von entscheidender Bedeutung. Deshalb übten die USA massiven Einfluss auf die Wahlen in Kolumbien aus, um das Entstehen einer Regierung abzusichern, die diesen Plänen zustimmend gegenübersteht. Klares Indiz hierfür sind die zahlreichen Besuche hochrangiger US-Vertreter in Kolumbien. Mit diesen Besuchen wurde ganz sicher auch ein weiterer und wichtiger Schritt bei der Einbindung Kolumbiens in die US-Strategie gegenüber Lateinamerika vorbereitet: Die Anerkennung Kolumbiens als „globaler Partner der NATO“, ein Schritt, der Ende Mai 2018 vollzogen wurde.

Diese Entwicklung entspricht zwar vorrangig den US-Interessen gegenüber der Region und bindet Kolumbien noch stärker in eine Front gegen Venezuela ein. Dennoch darf nicht übersehen werden, dass langfristig auch europäische NATO-Mitglieder – darunter selbstverständlich auch die Bundesrepublik – zum militärischen Instrument bei der Durchsetzung von Machtinteressen politischer und wirtschaftlicher Natur werden könnten, die nicht den genuinen Interessen der lateinamerikanischen Völker entsprechen. Auch wenn sich im

Moment niemand eine wie auch immer geartete Verwicklung der Bundeswehr in ein militärisches Abenteuer gegen Venezuela vorstellen mag, sind wir einem solchen Szenario doch einen Schritt näher gekommen.

Parlaments- und Präsidentschaftswahlen

Bei den Parlamentswahlen im März dieses Jahres traten die Linken mit vier unterschiedlichen Listen an. Obwohl die Rechte im Ergebnis der Wahl beide Kammern des Parlaments deutlich beherrscht, haben die linken Kräfte dennoch sehr beachtlich abgeschnitten. Sie sind im Senat, der insgesamt aus 102 Senatoren besteht, mit fünf Sitzen für den Polo Democrático, mit vier Sitzen für die KP-geführte Koalition der Decentes und zehn Sitzen für die politisch im progressiven Lager stehenden Grünen vertreten. Hinzu kommen die fünf Sitze der FARC–EP, die sie laut Friedensabkommen erhält. Im Repräsentantenhaus (166 Sitze) sitzen insgesamt 18 Abgeordnete der linken und progressiven Kräfte.



Lager für die Wiedereingliederung von FARC-Kämpfern in Kolumbien

Auch die Präsidentschaftswahlen zeigten deutlich, dass ein großer Teil der Kolumbianer sich allen Medienkampagnen, Einschüchterungsversuchen und Stimmenkauf zum Trotz eine alternative, friedliche und sozial gerechtere Politik wünscht. Anders ist der Stimmenanteil von knapp 42 Prozent für den linken Kandidaten Gustavo Petro nicht zu erklären.

Zum neuen Präsidenten wurde der Rechtspolitiker Iván Duque gewählt, ein Protegé des früheren Präsidenten Álvaro Uribe. Duque tritt genau wie sein politischer Ziehvater vehement für eine Revision des Friedensabkommens im Sinne einer weiteren Beschneidung der Zusagen an die FARC–EP und deren weiterer Kriminalisierung ein. Dies sind keine guten Aussichten für den weiteren Friedensprozess, insbesondere auch für die Verhandlungen mit der ELN. Aber auch für die zivilgesellschaftlichen Kräfte, die für Frieden, Menschenrechte, soziale Fortschritte, eine Wiedereingliederung der Vertriebenen und die Entschädigung der Opfer kämpfen, werden die Bedingungen mit der Rückkehr des „Uribismus“ an die Regierung sicher noch schwieriger werden.

Alle progressiven Kräfte in Kolumbien brauchen daher auch in Zukunft unsere aktive Solidarität. Ein demokratisches und friedliches Kolumbien wäre auch für Venezuela und alle anderen linken Regierungen in Lateinamerika und der Karibik von großer Bedeutung.

Dietmar Schulz

Hat Mexiko einen linken Präsidenten gewählt?

Andrés Manuel López Obrador – auch Amlo genannt – wurde am 1. Juli 2018 zum neuen Präsidenten Mexikos gewählt. Falls dieser dritte Versuch nicht nach Los Pinos, dem offiziellen Amtssitz des Präsidenten führe, werde er sich in sein „Rancho La Chingada“ im Bundesstaat Guerrero zurückziehen, hatte er noch im März vor Bankern in Acapulco gesagt. Aber dann war alles ein Selbstläufer. Meinungsforschungsinstitute sagten dem Wahlbündnis „Gemeinsam schreiben wir Geschichte“ (Juntos harémos historia), für das López Obrador als Präsidentschaftskandidat angetreten war, einen Vorsprung voraus, der durch keinen noch so geschickt eingefädelten Wahlbetrug „wegzuorganisieren“ sein würde. Vertreter der lateinamerikanischen Linken hatten im Vorfeld der Wahlen an die neue Qualität sogenannter institutioneller Putsche und Wahlscheue erinnert und angemahnt, im Wahljahr 2018 ein besonderes Augenmerk auf Mexiko zu legen.

López Obrador und Morena

Seit nunmehr 20 Jahren ist López Obrador die unangefochtene Nummer Eins der mexikanischen Linken. Zu den Präsidentschaftswahlen 2006 und 2012 war er für die Partei der Demokratischen Revolution (PRD) angetreten, deren Vorsitzender er in den Jahren 1996 bis 1999 war. Er kommt aus der Partei der Institutionalisierten Revolution (PRI), hatte diese aber bereits 1988 verlassen und gehörte 1989 zu den Gründungsmitgliedern der PRD. Die Präsidentschaftswahlen 2012 hat er knapp verloren, 2006 war es nach Einschätzung verschiedener Analysten eindeutig Wahlbetrug.

Seine Anhänger hatten nach der „geraubten Wahl“ von 2006 monatelang das Zentrum der Hauptstadt belagert und eine sogenannte „Legitime Regierung“ ins Leben gerufen. Ein „Kabinett“ aus linken und fortschrittlichen Politikern, Wissenschaftlern und Intellektuellen arbeitete permanent zu den politisch relevanten Themen. Seit jenen Jahren umgab López Obrador der Nimbus des „legitimen Präsidenten“.

Nach der schmerzhaften Selbstzerlegung der PRD kam es 2014 zur Gründung einer neuen Partei namens Morena, Bewegung der nationalen Erneuerung, deren Vorsitzender López Obrador ist. Neben Morena gehören zum Wahlbündnis die Partei der Arbeit (PT), eine kleine Partei aus dem klassischen linken Lager, die schon 2006 und 2012 mit von der Partie war, sowie die Partei der Sozialen Begegnung (PES), eine evangelikal-konservative Partei, die im Nordwesten des Landes gut aufgestellt ist, wo López Obrador keine Basis hat.

Die Wahlergebnisse

Die Wahlen vom 1. Juli 2018 waren die größten in der Geschichte Mexikos. Neben dem Präsidenten waren auf nationaler Ebene 500 Abgeordnete und 128 Senatoren neu zu bestimmen, dazu Gouverneure, lokale Abgeordnete, Stadträte, Gemeindevorstände und Bürgermeister – insgesamt 3406 Wahlämter.

Nach Angaben der Obersten Wahlbehörde (INE) lag die Wahlbeteiligung bei 63,43 Prozent, für López Obrador haben 53,17 Prozent der Wähler gestimmt. In 31 der 32 Bundesstaaten hat er eine Mehrheit bekommen.

Ricardo Anaya, der Kandidat der Koalition für Mexiko, in der sich die PRD sowie die klerikal-konservative Partei Nationale Aktion (PAN) zusammengefunden haben, hat 22,26 Prozent der Stimmen erhalten, Antonio Meade vom Bündnis „Alle für Mexiko“, das von der historischen PRI angeführt wird, 16,42 Prozent. Sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat hat das von López Obrador geführte Wahlbündnis die Mehrheit der Sitze.

Armut, Gewalt und Korruption

Die Erwartungshaltung gegenüber dem neu gewählten Präsidenten ist groß. Armut, Korruption, Drogenkrieg, Gewaltdelikte, politisch motivierte Morde an Journalisten, Gewerkschaftern und Vertretern sozialer Bewegungen sind trauriger Alltag.

In einem Beitrag für die Parteizeitung *Revoluciones* vom März 2018 beschreibt Alberto Anaya aus der Leitung der PT die gegenwärtige ökonomische Lage des Landes. Das Wirtschaftswachstum liege bei durchschnittlich 2,2 Prozent, neue Arbeitsplätze seien vorwiegend im Bereich der prekären Beschäftigung zu finden. Der Anteil der Einnahmen aus dem Ölgeschäft an den öffentlichen Einnahmen sei von 37 Prozent im Jahr 2012 auf gegenwärtig 11,3 Prozent gesunken. Die Staatsverschuldung sei seit 2012 um ca. 60 Prozent gestiegen, der mexikanische Peso um 47,7 Prozent abgewertet. Dazu komme die Unsicherheit, wie es mit der Fiskalpolitik von Trump und der Neuverhandlung des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens NAFTA weitergehe.

Das Internetportal *Resumen Latinoamericano* berichtet in der Ausgabe vom 22. Juni 2018 von 25340 registrierten vorsätzlichen Tötungsdelikten allein im Jahr 2017. 112 Politiker/-innen seien im Wahlkampf ermordet worden. Mexiko finde seine Toten auf grausamste Art und Weise, von Brücken baumelnd, zerstückelt, in Salzsäure aufgelöst – wenn man sie findet. Seitens der Regierung wurde eingeräumt, dass es in Mexiko mehr als 35000 Verschwundene gibt, mehr als während der Militärdiktatur in Argentinien.

Erinnert werden muss immer wieder an das weiterhin unaufgeklärte Verschwinden von 43 Lehramtsstudenten aus Ayotzinapa. Hinweise auf eine Ermordung und eine Vertuschung der Umstände finden sich bis hinauf in Regierungskreise.

Neben Armut und Gewalt war die letzte Amtszeit der PRI durch Korruptionsskandale geprägt. Mehrere Gouverneure sitzen im Gefängnis, stehen unter Anklage wegen Unterschlagung und Zusammenarbeit mit dem organisierten Verbrechen oder sind auf der Flucht. Noch nie hat in Mexiko ein Präsident so massiv an Ansehen verloren wie der noch bis Ende November amtierende Enrique Peña Nieto.

Amlo als Hoffnungsträger?

Weder mexikanische Wähler noch internationale Kommentatoren trauen den etablierten Parteien die Lösung der Probleme zu. Allerdings auch nicht uneingeschränkt López Obrador. Von Linken, die sich links von ihm verorten, wird sein Ansatz als sozialdemokratisch und staatsfixiert kritisiert, die Belange indigener Kommunen und zivilgesellschaftlicher Bewegungen würden nicht ausreichend berücksichtigt, er stehe nicht für eine unabhängige Staatsanwaltschaft und halte fest an der Autonomie der Zentralbank. Zudem habe er neoliberale Fachleute in sein Kabinett geholt und pflege gute Beziehungen zu Unternehmern. Von Liberalen wird sein Ansatz als frischer Wind und vernünftig bezeichnet, allerdings bezweifelt, dass er alles werde durchsetzen können.

Die sich nicht ernsthaft mit ihm auseinandersetzen, diffamieren ihn wahlweise als Populisten,



Andrés Manuel López Obrador auf einer Wahlkampfveranstaltung in Oaxaca

Linksnationalisten, linken Trump oder tropischen Messias. Wahrscheinlich haben letztere nicht eine Zeile von ihm gelesen, auch nicht das Dokument „Proyecto alternativo de Nación 2018–2024“, das von 200 Fachleuten für Morena erarbeitet wurde, wenigstens zur Kenntnis genommen.

López Obrador ist Politik- und Verwaltungswissenschaftler, kommt aus einfachen Verhältnissen, hat sich am Institut für indigene Fragen seines Heimatstaates Tabasco politisiert. Er hat im Laufe der Jahre fast alle der 2464 Gemeinden Mexikos besucht und seine Erfahrungen dokumentiert.

Er hat 15 Bücher zur mexikanischen Geschichte veröffentlicht. In dem im Frühjahr 2017 erschienenen Buch „2018. La salida“ („2018. Der Ausweg“) legt er detailliert dar, wie sich der Neoliberalismus in Mexiko etabliert hat. Vorrangig sei die Bekämpfung der Korruption, allerdings nicht als abstrakte Forderung, sondern als Ergebnis eines Zusammenspiels von Reformen im Justiz- und Verwaltungsapparat, einer neuen Wirtschaftsstrategie und einer moralisch-kulturellen Erneuerung. Ganz oben auf der Agenda stehe die Rückergewinnung der nationalen Souveränität über den Energiesektor – speziell über den Erdölsektor. Bestehende Verträge würden eingehalten, aber überprüft. Ausländisches Kapital sei willkommen bei Investitionen im Bereich der Verarbeitung; Mexiko müsse selber Raffinerien bauen. Ein weiterer Baustein sei neben einer Bildungsreform eine nachhaltige regionale wirtschaftliche Entwicklung, die Stärkung der nationalen Ökonomie und des Binnenmarktes sowie die Selbstversorgung mit Lebensmitteln.

Nein, es ist kein revolutionäres Programm im klassischen Sinne. Amlo kommt nicht aus der historischen Linken. Er sei sich bewusst, dass er nur Alternativen im Rahmen des Machbaren fordere ohne grundsätzlich zu werden, erklärt der Sekretär für auswärtige Beziehungen der Elektrizitätsgewerkschaft José Oca Luna gegenüber der Zeitung *Brasil de Fato*. Amlo stehe damit in der Tradition des revolutionären mexikanischen Nationalismus, wie ihn Präsident Cárdenas (1934 – 1940) verkörperte. „Allein die Tatsache, eine Regierung zu haben, die uns nicht tötet oder verfolgt, wird ein großer Fortschritt sein und der Linken erlauben, sich neu zu organisieren“, so Oca Luna.

Die ständige Arbeitsgruppe des Foro de São Paulo, das Mitte Juli in Havanna zu seiner Jahrestagung zusammenkam, hatte bereits im Vorfeld der Wahl am 25. März in Mexiko eine Resolution verabschiedet, in der López Obrador Unterstützung und Solidarität zugesichert wird. Sein Projekt sei die derzeit „einzig gangbare Alternative“ in Mexiko, so Valter Pomar von der Arbeiterpartei Brasiliens und ehemaliger Sekretär des Foro de São Paulo in der Begründung.

Roswitha Yildiz

Diversifizierung, Innovation, Rentabilität

Die neue Fleischerei im Projekt Sancti Spiritus: Cuba Si-Delegation überzeugt sich von der erfolgreichen Umsetzung einer Projektidee.



Foto: Cuba Si

In der Provinz Sancti Spiritus unterstützt Cuba Si den Rinderzuchtbetrieb Managuaco bei dessen Ziel, den Reproduktionszyklus bei der Rinderhaltung effizienter zu organisieren und letztlich zu schließen. Dieses Vorhaben wurde während der fünfjährigen Laufzeit unseres Projekts bereits erfolgreich in der Reproduktion bei Milchkühen umgesetzt. In der derzeitigen Abschlussphase des Projekts bis Dezember 2018 liegt der Schwerpunkt auf der Reproduktion, Zucht, Mast, Schlachtung und Verwertung der männlichen Rinder. Während einer Besichtigung des Projekts Anfang 2018 konnte sich eine Cuba Si-Delegation von den Fortschritten im Betrieb Managuaco überzeugen.

Im Betriebsteil UEB Dos Ríos erfolgt die Kälberaufzucht. Durch die Projektmittel wurde nicht nur die Anbaufläche für Grünfutter erhöht. Auch die Futterqualität hat sich verbessert. Gelungen ist dies durch die wissenschaftliche Zusammenarbeit mit der Provinzdienststelle des Ministeriums für Forschung, Technologie und Umwelt (CITMA), mit dem Institut für Forst- und Weidewirtschaft (IPF) sowie mit der Agrarfakultät der Universität in Sancti Spiritus. Durch ein verbessertes Futterangebot nehmen die Kälber täglich um bis zu 500 Gramm zu. Das ist eine gute Voraussetzung für den jeweiligen Produktionszyklus, wenn die Tiere nach 90 Tagen die Aufzuchtstation verlassen. Der Betriebsteil in Dos Ríos ist zudem eine Außenstelle der veterinärmedizinischen Fakultät der Universität. Studenten des 4. und 5. Studienjahres absolvieren regelmäßig Praxiseinsätze, führen Studien durch und beraten die Tierwirte und Pfleger.

Ein wichtiger Baustein, um den zootechnischen Zyklus für die männlichen Rinder wirksamer zu machen, ist die neue Stierzuchtanlage. Jungstiere ab

Wolfgang Voß und Miriam Näther von Cuba Si (links) im Kühlraum der Fleischerei, rechts Lien Alfonso Pérez von ACPA Nacional.

einem Alter von 17 Monaten und mit guten genetischen und phänotypischen Voraussetzungen werden hier gehalten. Sie bekommen ein besonders nährstoffreiches Futter. Dadurch erreichen die Tiere schneller ihre Geschlechtsreife, werden schneller in die Reproduktion eingegliedert und tragen somit zur Verjüngung des Herdenbestandes bei.

Erheblich ausgebaut wurde die Fleischproduktion im Betrieb. Ziel ist es, neben der Erzeugung von Milch, Obst und Gemüse sowie den angebotenen Serviceleistungen (Reparaturen in der Schmiede, Maschinenverleih, Vermietung von Seminarräumen, Betrieb von Gästehäusern u.a.) weitere Einnahmequellen zu schaffen. Zu Beginn des Projekts gab es in Managuaco zwar einen Schlachthof, doch es fehlte an Räumen und technischer Ausstattung für die Verarbeitung des Fleisches. Im Oktober 2016 haben wir auf dem Cuba Si-Bundestreffen dieses Problem mit der Projektleitung erörtert, und ab Sommer 2017 begann die Umsetzung des Planes für eine Fleischverarbeitung. Von den Ergebnissen im Jahr 2018 war unsere Delegation begeistert.

In einem modernen Gebäude, welches eigens für diesen Zweck hergerichtet wurde, erfolgen Schlachtung und Verarbeitung. Derzeit werden 14 Rinder pro Woche geschlachtet. In der ersten Produktionshalle wird das Fleisch zerlegt. Zur hochwertigen Einrichtung der Halle gehören u.a. Spezialarbeitstische aus Edelstahl, Haken und Wannens, Bandsägen und elektrische Fleischwölfe. Die Arbeitskleidung der 25 Mitarbeiter/-innen entspricht den hygienischen Normen und einem modernen Arbeitsschutz. Dankbar

und mit großem Stolz präsentierten sie die Einrichtung, die Cuba Si aus Spendengeldern in einem Solidaritätscontainer im Sommer 2017 nach Kuba geschickt hatte. Erworben wurde die Ausrüstung bei der thüringischen Firma Enders & Sigeti, mit der Cuba Si bereits bei der Einrichtung der Fleischerei im Projekt Mayabeque zusammengearbeitet hatte. Dank der neuen Ausstattung ist es nun möglich, spezielle Zuschnitte wie Filets und Koteletts sowie Hackfleisch herzustellen. Dies bedeutet eine höhere Produktqualität, die sich positiv auf die Vermarktung auswirkt.

In der zweiten Produktionshalle werden die verschiedenen Erzeugnisse verpackt. Die pfiffigen Mitarbeiter/-innen haben selbst ein Gerät entwickelt, mit dem die Ware gewogen, in Folie eingeschweißt und etikettiert wird.

Dass hier ein frischer, innovativer Wind weht, zeigte sich unserer Delegation auch beim Rundgang auf dem Betriebsgelände: Mit dem Strom einer Solaranlage kann Wasser aus dem Brunnen in die großen Tanks auf dem Hallendach gepumpt werden. Der Direktor der Empresa Managuaco, Norge Yero, erklärt: „Demnächst wollen wir noch ein zusätzliches Aggregat anschaffen, um gegen Stromausfälle gewappnet zu sein. Denn als Hurrikan Irma im September 2017 über Kubas Nordküste zog, fiel auch hier der Strom aus, und das Fleisch konnte nicht mehr gekühlt und verarbeitet werden.“

Gegenwärtig werden 80 Prozent der Fleischereierzeugnisse an touristische und gastronomische Einrichtungen verkauft. Doch auch die örtlichen Verbraucher können im betriebseigenen Laden und auf dem Bauernmarkt in Sancti Spiritus die Erzeugnisse zu sehr günstigen Preisen kaufen.

Durch die Einnahmen sind weitere Investitionen aus eigener Kraft möglich. Denn man plane schon viel weiter, erläutert Norge mit leuchtenden Augen. „Nun, da wir eine so gute Grundlage haben, soll die Verarbeitung mit Schweinefleisch erweitert werden. Beginnen wollen wir außerdem damit, Kaninchen- und Geflügelfleisch zu verarbeiten. Dafür sollen Mastanlagen in unmittelbarer Nähe zur Fleischerei eingerichtet werden.“ Und es gibt noch mehr Ideen, blickt Norge voraus: „Ein nächster Schritt ist die Einrichtung einer kleinen Versuchsküche. Dort können wir mit Würzmischungen experimentieren und Kochwurst und Aufschnitt herstellen.“

Neben dem Ausbau der Fleischerei sollen drei Rindermastanlagen für die Fleischproduktion errichtet werden. Flächen für mehr Futteranbau sind vorhanden; diese müssen vorbereitet werden. Die Empresa benötigt zudem Bewässerungssysteme und will auch den Fuhrpark modernisieren.

Darüber hinaus soll die Erzeugung von Ziegen- und Büffelmilch ausgebaut werden, um u.a. das Kinderkrankenhaus in Sancti Spiritus zu versorgen. Angedacht ist auch eine Minifabrik zur Verarbeitung der Ziegen- und Büffelmilch zu Käse.

Unser Projekt in Sancti Spiritus neigt sich seinem erfolgreichen Abschluss zu. Die Fleischerei, die Kälberaufzucht, die verbesserte Futtergrundlage durch vergrößerte Nutzflächen, sich verjüngende Herden, modernisierte Stallanlagen, eine Schmiede- und Metallwerkstatt, die Nutzung von Solar- und Windenergie, Weiterbildungen und bessere Arbeits- und Lebensbedingungen – all dies ist möglich geworden durch die langjährige Unterstützung unserer Spender/-innen, aber auch durch die kreativen Ideen, die Motivation und Zielstrebigkeit der Projektmitarbeiter/-innen und unserer Partner in Kuba. So konnte in gemeinsamer Arbeit eine gute und vor allem rentable Grundlage für die Zukunft des Betriebes gelegt werden.

Miriam Näther

Die Revista wird 20 Jahre alt

Auf der Fiesta de Solidaridad im Juli 1998 feierte die „Cuba Sí Revista“ Premiere. Konzipiert wurde sie anfänglich für die vielen Unterstützer/-innen, um ihnen über die Verwendung der Spendengelder Rechenschaft abzulegen. Im Verlaufe der Jahre hat die Redaktion die Zeitschrift auch zu einem Informationsmedium zum Thema Kuba und Lateinamerika entwickelt.

Die Revista erscheint zweimal im Jahr mit einer 10000er Auflage. Um auf Veranstaltungen in Kuba sowie in unseren Projektregionen über unsere Solidaritätsarbeit zu informieren, hat Cuba Sí auch einige Ausgaben in Spanisch produziert.

Zum 20. Geburtstag der Revista erhielt Cuba Sí Glückwünsche von den Leser/-innen, von der kubanischen und der venezolanischen Botschaft sowie von der Partei DIE LINKE:

● „Die ‚Cuba Sí Revista‘ wird 20 Jahre alt! Sie befindet sich also in jugendlicher Blüte, und dieses Jubiläum ist eine gute Gelegenheit, auf das Erreichte zurückzublicken, ihre verlegerische Gesundheit hochleben zu lassen und in die Zukunft zu schauen. Der Beitrag der Revista im Kampf für die Rückkehr der Fünf Helden war von großem Wert. Und wir schätzen sehr ihre Fähigkeit, Informationen über die kubanische Wirklichkeit in einem von Feindseligkeit der Medien gegenüber der größten Antilleninsel geprägten Umfeld zu vermitteln.

Wir ermuntern das Redaktionskollektiv, weiterhin die von der US-Regierung gegen Kuba verhängte illegale und ungerechte Blockade anzuprangern – ganz besonders in diesem Jahr, in dem das 150. Jahrestages der Wiederaufnahme der Unabhängigkeitskämpfe gedacht wird.

Das nächste Jahr wird für Kuba Anlass für große Feierlichkeiten sein: Wir begehen den 60. Jahrestag des Sieges der kubanischen Revolution; wir werden weiter voranschreiten bei der Errichtung eines wohlhabenden und nachhaltigen Sozialismus; wir feiern den 500. Jahrestag der Gründung von Havanna und den 250. Geburtstag von Alexander von Humboldt. Damit möchten wir vorausschauend etwas dazu beitragen, wie die Zeitschrift in den nächsten 20 Jahren ausgerichtet sein sollte.“

Ramón Ripoll, Botschafter der Republik Kuba in der Bundesrepublik Deutschland

● „Die Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela möchte Ihnen ganz herzlich zum 20. Jahrestag der Gründung Ihrer Zeitschrift gratulieren. Cuba Sí hat immer an der Seite der bolivariischen Revolution gestanden. Viele interessante Artikel haben in diesen 20 Jahren über verschiedene Aspekte des bolivariischen Prozesses informiert und so Klarheit in diesem journalistischen Dschungel geschaffen, in dem die Wahrheit ein seltenes Gut geworden ist.

Venezuela und Kuba als Brudervölker haben zusammen viele schwierige Situationen gemeistert und werden auch weiterhin den Weg des Sozialismus, den Weg für eine bessere Welt, einen Weg für die Integration der Völker gehen. Feliz cumpleaños und alles Gute für weitere 20 Jahre.“

Botschaft der Bolivarischen Republik Venezuela

● „Dass eine Zeitschrift seit ihrer Gründung beständig an Lesern gewinnt, ist nichts, was vom Himmel fällt. Sie muss auf ein Bedürfnis treffen. Über Kuba wird zwar auch sonst berichtet, aber vorzugs-

weise in kritischer Weise, und selbst die Kritik bleibt dabei eigentümlich abstrakt. Das ersetzt gerade keine Informationen über dieses Land, das sich gegen das US-amerikanische Hegemoniestreben auflehnte und sich bis heute behauptet. Selten findet Erwähnung, dass die kubanische Revolution soziale Errungenschaften brachte, die für Lateinamerika vorbildhaft sind. Jetzt beginnt in Kuba eine neue Generation, in höchste politische Ämter aufzusteigen. Es ist die Generation derer, die nach der Revolution geboren wurden. Sicher ist, dass das die Politik ändern wird. All das kann und sollte auch künftig Stoff für eine Zeitschrift sein, die über Kuba informieren will. Kubas Kampf um Unabhängigkeit hat Sympathien erzeugt und erzeugt sie auch weiter. Diese Sympathien sind die Grundlage dieser Zeitschrift.

Wir wünschen für die nächsten 20 Jahre Erfolg – für die ‚Cuba Sí Revista‘ und für Kuba.“

Sahra Wagenknecht und Dietmar Bartsch, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Bundestag

● „Die ‚Cuba Sí-Revista‘ ist eine zähe Pflanze im bundesdeutschen Blätterwald. Seit 20 Jahren berichtet sie nicht nur über Kubas Entwicklung und die Lage der Solidarität, sondern die Macher*innen versuchen auch Debatten der südamerikanischen Linken aufzubereiten. Sie tun dies leidenschaftlich und streitbar. Es ist alles andere als selbstverständlich, dass es die ‚Cuba Sí-Revista‘ im heutigen linken Laissez-faire noch gibt. Wir sagen Danke!“

Katja Kipping und Bernd Riexinger, Vorsitzende der Partei DIE LINKE

Cuba Sí revista
Zeitschrift der AG Cuba Sí
in der Partei DIE LINKE

Spenden für den Boxklub „Rafael Trejo“



Anfang Juli startete die gemeinsame Kuba-Brigade der Vereine Interbrigadas und Roter Stern Berlin sowie der AG Cuba Sí. Die Teilnehmer/-innen werden die legendäre Box-Sportstätte „Rafael Trejo“ in Alt-Havanna renovieren und mit kubanischen Sportler/-innen trainieren.

In Vorbereitung der Brigade haben die Organisatoren einen Boxring gekauft, der den alten und defekten in Havanna ersetzen wird, außerdem

konnten sie Box-Equipment und Möbel für den Boxklub zusammentragen. Am 22. Mai wurden diese materiellen Spenden in einen Solidaritätscontainer verpackt und nach Kuba geschickt (→ Foto).

Die Interbrigadas hatten für die Teilnehmer/-innen eine umfangreiche Vorbereitung organisiert, zum Beispiel Ende Mai im DGB-Jugendbildungszentrum Flecken-Zechlin mit Sprachkurs, Vorträgen, Diskussionen und einem Training für Boxneulinge.

„Kuba macht es vor“

Am 16. März hatte unsere Regionalgruppe Leipzig zur Vorstellung des Buches „Kuba macht es vor“ eingeladen, das sich mit dem kubanischen Gesundheitssystem befasst. Gäste waren der Journalist Volker Hermsdorf, der Vorsitzende des Vereins „Hilfe bei Tunnelblick“ e. V., Klaus Fettig, sowie Lisset González von der kubanischen Botschaft in der Bundesrepublik. Im Mittelpunkt der Gesprächsrunde standen die Erfolge bei der Gesundheitsversorgung der kubanischen Bevölkerung, die solidarischen Einsätze kubanischer Mediziner in Ländern Lateinamerikas und Afrikas sowie die Hilfe, die Kuba unter anderem von der Organisation mediCuba Europe erhält. Auch andere Cuba Sí-Gruppen, zum Beispiel in Gera und Chemnitz, bieten immer wieder Buchlesungen, Vorträge und Diskussionen zum Thema Kuba an.

Bei einer Präsentation unserer Solidaritätsarbeit in der Universität Leipzig Anfang des Jahres zeigten sich die Studierenden beeindruckt. Aber wir mussten auch zur Kenntnis nehmen, dass mehrere der Anwesenden unsere Arbeitsgemeinschaft bislang nicht kannten. Auch über die Realität in Kuba, über seine Errungenschaften sowie über die Auswirkungen der US-Blockade in Kuba und in Drittländern wussten sie nichts oder nur sehr wenig.

Fazit: Wir müssen unsere politische Arbeit ideenreich weiterentwickeln. Nur so können wir wirksam einen Beitrag leisten, dass die US-Blockade gegen Kuba eines Tages beendet sein wird. Solche Veranstaltungen sind eine gute Grundlage, mit Interessierten über Kuba, sein politisches System, die Ökonomie oder das Bildungs- und Gesundheitswesen ins Gespräch zu kommen.

Gudrun Schmidt

Aleida Guevara zu Gast bei Cuba Sí



Foto: Jörg Rückmann

Anlässlich des 90. Geburtstages von Che Guevara (14. 6.) besuchte seine Tochter, die Kinderärztin Aleida Guevara, Berlin. Sie arbeitet am William-Soler-Krankenhaus in Havanna und ist Schirmherrin der kubanischen Ärztemission „Operation Wunder“ in Argentinien und Bolivien. Aleida sprach in zwei Veranstaltungen über das kubanische Gesundheitssystem und über Kubas internationalistische Hilfe im Medizinbereich. Bei ihrem Auftritt beim Fest der Linken am 23. Juni in Berlin berichtete sie, was die US-Blockade für die Kinder in Kuba bedeutet.

Aleida: „Die US-Blockade wirkt sich natürlich auch auf den medizinischen Bereich aus. Und das zu allen Zeiten, seit die Blockade existiert. Ein Beispiel:

Aleida Guevara am 22. Juni 2018 in Berlin auf einer Cuba Sí-Veranstaltung im ND-Gebäude.

Kuba ist kein großer Milchproduzent. Unser Land hatte Milchpulver aus der DDR importiert. Diese Quelle fiel mit dem Verschwinden des Sozialismus in Europa weg, und wegen der US-Blockade wollten uns niemand Milchpulver verkaufen. Cuba Sí war uns in dieser Situation eine große Hilfe. Aber wir mussten trotzdem Milchpulver auf dem Weltmarkt erwerben, um die Versorgung der Kinder zu gewährleisten. Dies gelang uns damals in Neuseeland – tausende Kilometer entfernt. Aber eine der Blockadestimmungen besagt, dass ein Schiff, das in

Kuba anlegt, mindestens 180 Tage keinen Hafen der USA ansteuern darf. Die Zwischenhändler und die langen Transportwege haben damals den Preis für das dringend benötigte Milchpulver auf das Dreifache steigen lassen.

Ein anderes Beispiel: Von zehn neuen Medikamenten sind heute acht mit US-amerikanischen Patenten geschützt. Das bedeutet, Kuba hat wegen der US-Blockade keine Chance, diese Medikamente offiziell zu erwerben, und kein Land bietet Kuba diese Medikamente an. Deshalb müssen wir mitunter bis zu fünf Zwischenhändler einschalten, um an bestimmte Präparate zu kommen. Ich habe erleben müssen, wie Kinder leiden oder auch schwere Krankheiten nicht überstehen, weil ein bestimmtes Medikament wegen der Blockade nicht oder zu spät nach Kuba gelangt.

Die US-Blockade verhindert oft auch die Modernisierung der Medizintechnik. In meinem Hospital hatten wir eine Röntgenanlage – hergestellt in der DDR –, die seit 45 Jahren (!) ihren Dienst versah. Ein Neukauf auf den normalen Handelswegen war nicht möglich! Hilfe haben wir unter anderem von der Solidaritätsorganisation mediCuba Europe erhalten. Sie hat es mit ihrer Arbeit geschafft, in vielen Fällen die US-Blockade zu durchbrechen. mediCuba liefert auch Rohstoffe, mit denen dann in Kuba Medikamente produziert werden – und von denen wir dann anderen Ländern, z. B. in Afrika, etwas spenden oder diese Medikamente zu einem sehr niedrigen Preis verkaufen. Das sind zum Beispiel Medikamente gegen Erkältungen, aber auch Medikamente gegen Krebs sowie AIDS-Präparate.

Ihr wisst, die kubanische Bevölkerung kann unsere Medizineinrichtungen kostenfrei nutzen. Das haben wir auch in der „Spezialperiode“ in den 90er Jahren durchgehalten. Kuba gibt heute über 50 Prozent seines Staatshaushaltes für Gesundheit und Bildung aus. Darüber hinaus helfen unsere Ärzte in vielen Ländern der Welt, wir bilden Mediziner für den globalen Süden aus, und die Brigade „Henry Reeve“ ist in Katastrophengebieten im Einsatz. Unser Grundsatz ist: Wir geben nicht, was wir übrig haben, sondern wir teilen das, was wir haben.“



Foto: Cuba Sí

Ende April 2018 übergaben Mitarbeiter des DRK-Krankenhauses in Luckenwalde die gespendete Medizintechnik an Cuba Sí, v. l. n. r.: Torsten Edinger (Cuba Sí), Pflegedienstleiter Göran Knösch, der Beauftragte für Medizinproduktesicherheit Sven Poser sowie Rainer Lindemann und Justo Cruz (beide Cuba Sí).

Frühgeburtenstation erhält Hilfe

Die Station für Frühgeburten und Problemschwangerschaften im Krankenhaus „Ramón González Coro“ in Havanna erhält Hilfe von Cuba Sí. Das Krankenhaus ist eine Referenzklinik für Kuba. Bis zu 4000 Kinder erblicken hier jährlich das Licht der Welt; 7,8 Prozent davon waren im Jahr 2017 Frühgeburten. Aber viele technische Geräte dort sind veraltet oder defekt. Neue Geräte können auf dem internationalen Markt oft nicht direkt bezogen werden, wenn sie – so ist es in den Blockadegesetzen der USA gegen Kuba festgeschrieben – mehr als 10 Prozent US-amerikanische Komponenten enthalten.

Das DRK-Krankenhaus in Luckenwalde unterstützte die Hilfsaktion von Cuba Sí und spendete zwanzig Perfusoren und Infusionspumpen für das Krankenhaus in Havanna. Alle Geräte wurden vom TÜV überprüft. Cuba Sí kaufte zusätzlich digitale Babywaagen und medizinisches Verbrauchsmaterial für rund 10000 Euro.

Der ehemalige Mitarbeiter der Intensivstation Rainer Lindemann engagiert sich bei Cuba Sí und hatte den Kontakt zum Krankenhaus vermittelt. Cuba Sí wird die Unterstützung für das Krankenhaus „Ramón González Coro“ fortsetzen und ausbauen.

Abgeordnete der LINKEN auf Info-Tour in Kuba

Eine gemeinsame Delegation der Fraktion DIE LINKE im Bundestag und der AG Cuba Sí besuchte Anfang Mai 2018 Kuba. Die Abgeordneten Sylvia Gabelmann, Eva-Maria Schreiber und Achim Kessler sowie drei Vertreter/-innen von Cuba Sí kamen bereits am 30. April nach Havanna, um dort die Feierlichkeiten zum 1. Mai mitzuerleben. Wenige Tage später stießen noch der Fraktionsvorsitzende Dietmar Bartsch und die Abgeordnete Žaklin Nastić zur Delegation. Bei mehr als 20 Gesprächen, Treffen und Veranstaltungen mit kubanischen Partnern und in Institutionen des Landes konnten sich die Abgeordneten ein umfassendes Bild über das sozialistische Land machen. Für vier der fünf Abgeordneten war es die erste Reise nach Kuba.

Den 1. Mai auf dem Platz der Revolution in Havanna zu erleben war beeindruckend. Hunderttausende demonstrierten die Einigkeit des kubanischen Volkes, immer wieder bekräftigten sie die Solidarität mit Venezuela und Nicaragua und forderten die Freilassung des ehemaligen Präsidenten Brasiliens Lula da Silva.

Am 4. Mai reiste die Delegation weiter nach Santiago de Cuba. Auf dem Friedhof Santa Ifigenia legte sie am Grab von Fidel Castro Blumen nieder. Danach stand ein Besuch der Moncada-Kaserne auf dem Programm. Am Nachmittag hatten Mitglieder des Parlaments der Provinz Santiago zu einem Gedankenaustausch eingeladen, bei dem auch Thomas Neisinger, der deutsche Botschafter in Kuba zugegen war. Dies war eine unerwartete, aber gute Gelegenheit, dem diplomatischen Vertreter der Bundesrepublik Deutschland in Kuba über die Solidaritätsarbeit von Cuba Sí zu berichten.

Jeder Tag der Reise war vollgepackt mit Terminen. Am 5. Mai, dem 200. Geburtstag von Karl Marx, trafen sich die Delegationsmitglieder am Marx-Gedenkstein im Zentrum von Havanna und stießen mit einem Glas kubanischen Rum auf den großen Philosophen und Ökonomen an.

Eingeladen zu Gesprächen war die Delegation u. a. im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kubas, im Außenministerium, im Forschungszentrum für Internationale Politik und im Jugendverband UJC. Die Abgeordneten konnten viel über die Sichtweise Kubas auf die Entwicklungen in Lateinamerika, besonders in Venezuela und Brasilien, erfahren, sowie über die gegenwärtige Politik der US-Regierung gegenüber Kuba. Die kubanischen Genossen informierten sich in den Gesprächen vor allem über die Rechtsentwicklung in Europa, desweiteren über die Möglichkeiten und Formen der Auseinandersetzung mit dieser Gefahr sowie über die Arbeit der Linksfraktion im Bundestag.

Einen sehr herzlich Empfang gab es im Institut für Völkerfreundschaft (ICAP). Fernando González Llort, ICAP-Präsident und Mitkämpfer der Cuban Five, erläuterte den Abgeordneten die Aufgaben des Instituts und betonte die Wichtigkeit einer noch stärkeren politischen Solidarität mit Kuba.

Die Abgeordneten haben auf dieser Reise natürlich auch eines der Landwirtschaftsprojekte von Cuba Sí besucht und in den Gesprächen immer wieder die große Dankbarkeit der kubanischen Partner für die geleistete Solidarität gespürt.

Ein umfangreiches Thema während des Aufenthalts war die Gesundheitspolitik Kubas. Die Delegation besuchte eine Familienarztpraxis, eine Poliklinik, das Tropeninstitut „Pedro Kourí“, das biopharmazeutische Forschungszentrum CIGB sowie das Krankenhaus „Ramón González Coro“, das von Cuba Sí unterstützt wird. Sehr emotional verlief das Treffen mit Vertretern der Ärztebrigade „Henry Reeve“, die den Abgeordneten über ihre Erlebnisse bei Auslandseinsätzen berichteten, so zum Beispiel während der Ebola-Epidemie 2014 in Westafrika.

Bei fast allen Gesprächen spielten die Themen US-Blockade und ihre extraterritoriale Anwendung u. a. auch in Europa eine große Rolle. Anhand vieler konkreter Beispiele bekamen die Mitglieder der Delegation eine sehr klare Vorstellung, welchen Schaden dieser jahrzehntelange Wirtschaftskrieg Kuba zufügt.

Die Abgeordneten kehrten mit starken Eindrücken aus Kuba zurück und wollen sich gemeinsam mit Cuba Sí künftig intensiv in der Kuba-Solidarität engagieren.

Jörg Rückmann



Foto: Cuba Sí

Nachgefragt bei:

Lisset González (29), Botschaft der Republik Kuba in Berlin

● **Lisset, seit November 2017 bist Du in der kubanischen Botschaft in Berlin die Ansprechpartnerin für die Solidaritätsgruppen in der Bundesrepublik ...**

Stimmt, außerdem bin ich verantwortlich für Pressearbeit und Kommunikation. In der noch relativ kurzen Zeit meiner diplomatischen Mission hier in der Bundesrepublik habe ich schon mehrere Gruppen der Solibewegung kennengelernt, auch nehme ich an den Beratungen des Netzwerk Cuba e.V. teil. Deutschland hat eine starke Solidaritätsbewegung, was mich in meiner Arbeit sehr motiviert.

● **Aus welcher Ecke Kubas stammst Du?**

Geboren wurde ich in Holguín, im Osten Kubas. Aber ich wohne schon seit vielen Jahren in Havanna. Dort habe ich auch studiert.

● **Welche Fachrichtung?**

Ich habe an unserer Ausbildungsstätte für den diplomatischen Dienst, dem „Instituto Superior de Relaciones Internacionales“ studiert. Nach meinem Abschluss wurde ich mit ersten, kleineren diplomatischen Aufgaben betraut, zum Beispiel in Mexiko und bei der UNO. Meine jetzige Arbeit in Deutschland ist die erste längere diplomatische Mission.

● **Hast Du Sehnsucht nach Kuba?**

Tja – als ich im November hier ankam, war es einfach nur kalt! Mittlerweile habe ich mich aber aklimatisiert. Meine Arbeit ist sehr interessant, und ich habe durch die Zusammenarbeit mit der Solidaritätsbewegung schnell Kontakte aufbauen und Freunde gewinnen können. Auch mein Mann arbeitet hier an der Botschaft. Trotzdem denkt man natürlich oft an zu Hause.

● **Wie verbringst Du Deine Freizeit?**

Nun, Freizeit hat man in diesem Beruf nicht im Überfluss. Wir nutzen unsere freien Stunden, um unser Gastland und seine Geschichte zu erkunden. Auch beschäftige ich mich mit Themen wie Bevölkerungsentwicklung, Ökonomie, Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau und auch mit Öffentlichkeitsarbeit. Gern würde ich später noch eine postgraduale Ausbildung an unserer Uni in Havanna absolvieren. Und ich bin dabei, fleißig Deutsch zu lernen.



Foto: Cuba Sí

Ein Moment des Gedenkens am Grab von Fidel Castro auf dem Friedhof Santa Ifigenia in Santiago de Cuba: die Abgeordneten Sylvia Gabelmann, Achim Kessler und Eva-Maria Schreiber (v. l. n. r.)

Einigkeit und Kontinuität!



Foto: Jörg Rückmann

1. Mai 2018 in Havanna: Über 900 000 Menschen nahmen an der Maidemonstration auf dem Platz der Revolution teil. Auf der Tribüne stand auch der neue Präsident des Staatsrates und des Ministerates Miguel Díaz Canel. Er verkörpert die Generation, die nach der Revolution geboren wurde.

In internen Einschätzungen hatte die US-Regierung eingestanden, dass ein Systemwechsel in Kuba nicht möglich sei, solange die historische Generation die Geschicke des Landes lenkt. Nun hat Kuba auch an der Staatsspitze den Generationswechsel vollzogen – und beim großen Nachbarn im Norden

keimt Hoffnung, die kubanische Revolution doch noch in die Knie zwingen zu können. Schon 2009 hatte der Leiter der US-Interessenvertretung in Havanna, Jonathan Farrar, der US-Regierung empfohlen, sich mit ihren Programmen gegen Kuba auf die jüngeren Generationen zu konzentrieren.

Am 1. Mai haben die Kubanerinnen und Kubaner der Welt gezeigt, dass sie generationsübergreifend den eingeschlagenen Weg der Unabhängigkeit, der Souveränität und des Sozialismus fortsetzen werden und ihr Land nach eigenen Ideen in Einigkeit und Kontinuität gestalten wollen.

Was sonst noch geschah

- Vom 4. – 7. März fand in Caracas, Venezuela, ein internationales Solidaritätstreffen zur Unterstützung der bolivarianischen Revolution und der Regierung von Nicolás Maduro statt. 173 internationale Gäste aus 106 Solidaritätsorganisationen und linken Parteien nahmen daran teil.
- Am 13. April haben die Hamburger Cuba Sí-Mitstreiter/-innen im Rahmen der Romero-Tage zu einer Veranstaltung über das kubanische Gesundheitssystem in den Kulturladen St. Georg eingeladen. Referenten waren der Journalist Volker Hermsdorf sowie Peter Leuenberger von der Organisation mediCuba.
- Cuba Sí Leipzig hat am 19. April zu einem Protestmarsch und einer Kundgebung vor dem Konsulat der USA in Leipzig gegen die US-Blockade gegen Kuba aufgerufen. Gastredner war der Bundestagsabgeordnete der LINKEN Sören Pellmann. Am 21. April organisierte das Netzwerk Cuba eine Protestkundgebung gegen die US-Blockade vor der US-Botschaft in Berlin.
- 24. April: Cuba Sí Hamburg und DIE LINKE im Stadtbezirk Altona waren die Gastgeber eines Filmabends mit dem Titel „Kuba queer“.
- Am 22. Juli feierte Cuba Sí Chemnitz im „All in Kreativcafé“ ihre Fiesta de Solidaridad anlässlich des kubanischen Nationalfeiertages am 26. Juli. Auch in Berlin, Bonn und anderen Städten begeht die Solibewegung jährlich diesen Tag.

Vorschau

- Das Wochenende 7. – 9. September hat es in sich. Drei große linke Volksfeste finden statt, und die Entscheidung fällt schwer: das UZ-Pressfest in Dortmund, die Manifiesta in Belgien und die Festa do Avante in Lissabon.
- 27. September: Cuba Sí Chemnitz beteiligt sich im Rahmen der Interkulturellen Woche im „Alternativen Jugendzentrum“ mit dem Dokumentarfilm „Wo der Himmel aufgeht. Esther Bejarano in Kuba“. Erwartet wird auch der Filmemacher Tobias Kriele zu einer Diskussionsrunde. **Infos:** www.dielinke-chemnitz.de
- 12. – 14. Oktober: Bundestreffen der Cuba Sí-Regionalgruppen am Werbellinsee. Wir erwarten Gäste unserer kubanischen Partnerorganisation ACPA. **Anmeldung:** Mail an berlin@cuba-si.org
- Vom 23. – 25. November lädt die Freundschaftsgesellschaft Slowenien – Kuba zum XVIII. Europatreffen der Kuba-Solidarität ein. Veranstaltungsort ist die Stadt Bohinj im Triglav-Nationalpark. **Infos und Anmeldung:** Mail an den Präsidenten der Freundschaftsgesellschaft, Igor Jurišič, igor@jurisic.si
- 12. Januar 2019: XXIV. Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz in Berlin. **Infos:** www.rosa-luxemburg-konferenz.de
- 13. Januar: Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, Berlin-Friedrichsfelde. **Infos:** www.die-linke.de

2. Kuba-Konferenz für junge Leute

Das „Netzwerk Cuba“ lädt am 1. und 2. September 2018 junge und junggebliebene Kuba-interessierte zur 2. Kuba-Konferenz nach Bonn ein. „Kuba nach den Wahlen“, so lautet das Thema. Dafür hat das „Netzwerk Cuba“ interessante Referent/-innen eingeladen, zum Beispiel einen jungen Abgeordneten aus Kuba, der berichtet wird, wie er Parlamentarier wurde, wie er im Wahlprozess aktiv war und wie ein kubanischer Wahlkampf abläuft. Eingeladen sind auch Studierende, die ein Semester in Kuba verbracht haben. Dazu gibt's kubanisches Essen, Cocktails, Musik, einen Film und spannende Diskussionen.

- **2. Kuba-Konferenz für junge Leute,** Wochenende 1./2. September 2018, Außenstelle der kubanischen Botschaft, Kennedyallee 22–24, 53175 Bonn
- **Kontakt:** info@netzwerk-cuba.de, Stephanie.Remus@solli-cuba.org



Foto: Cuba Sí

- *Wahlplakat in Havanna: „Kuba wählt. Ohne Herrscher, ohne Beeinflussung von außen!“*

Impressum

Herausgeber: Cuba Sí
Arbeitsgemeinschaft in der Partei DIE LINKE
V.i.S.d.P. und Gestaltung: Jörg Rückmann
Druckerei: DruckZuck, Berlin

Redaktionsschluss: 20. Juli 2018
Cuba Sí revista erscheint zweimal jährlich und wird durch Spenden finanziert.

Kleine Alexanderstraße 28, 10178 Berlin
Telefon: 030.24 009 455, -456, -457
www.cuba-si.org, berlin@cuba-si.org

Wer Kuba unterstützen möchte:

Spendenkonto beim Parteivorstand der Partei DIE LINKE/Cuba Sí:

- Berliner Sparkasse,
IBAN: DE06 1005 0000 0013 2222 10,
BIC/SWIFT-Code: BELADEXXXX

Bitte Verwendungszweck angeben: „Milch für Kubas Kinder“ oder „Kuba muss überleben“

Cuba sí